



**Verband der Schweizer Studierendenschaften
Union des Etudiant·e·s de Suisse
Unione Svizzera degli Universitari**

Schanzenstr. 1 Tel +41 31 382 11 71 info@vss-unes.ch
CH-3001 Bern Fax +41 31 382 11 76 www.vss-unes.ch

Bern, den 20. 1. 2004

Wirtschafts-Lobby auf dem Holzweg

Unter dem Titel "Neue Wege zur Hochschulfinanzierung" haben die Wirtschaftsverbände "akw.", "avenir suisse" und "economiesuisse heute ein Thesenpapier vorgelegt, das sich **voll auf den Holzweg** begibt: Bei dem Vorschlag, Darlehen einzuführen, damit höhere Studiengebühren bezahlt werden können, kann man wohl kaum von "neuen Wegen" sprechen; viel eher wäre die Bezeichnung "**bildungspolitische Geisterbahn**" angebracht.

Die Wirtschaftsverbände wollen Studierende an die Kasse bitten, da Hochschulbildung nach ihrer Auffassung ein privates Gut sei. Gleichzeitig betonen sie die Bedeutung des Humankapitals als Wettbewerbsfaktor der Schweiz, was klar für den öffentlichen Charakter der Hochschulbildung spricht. Fehl am Platz ist die subjektbezogene Finanzierung sowieso im Anbetracht der **grossen Opportunitätskosten**, welche für Studierende unabhängig der Studiengebühren anfallen, zum Beispiel durch Erwerbsverzicht.

Auch die von den Wirtschaftsverbänden gepriesene Bologna-Reform erschwert mit ihren verschulerten Studiengängen und regelmässigen Prüfungen den Studierenden eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium erheblich. Laut "akw." sollen Studierende in den Semesterferien arbeiten, obwohl es sich für die Unternehmungen selten lohnt, Studierende für nur zwei Monate einzuarbeiten. Im Lichte der Bologna Reform wird ein **kostendeckendes Stipendiensystem auf Bundesebene** noch dringender.

Die Chancengleichheit wird unterminiert, wenn Studiengebühren erhöht und Darlehen eingeführt werden. Die Darlehen in der von den Wirtschaftsverbänden vorgelegten Studie decken höchstens die erhöhten Studiengebühren. Lebensunterhaltskosten sind im Schuldenberg von CHF 25'000-50'000 nicht einberechnet. Aus Angst vor dem Schuldenberg **werden Studierende abgeschreckt**, was einem Verschleiss an Bildungspotential gleichkommt. Zudem werden Studierende, welche genötigt sind ein Darlehen für die Studiumsfinanzierung aufzunehmen, ihr Studium eher nach Verdienstmöglichkeiten wählen anstatt nach Fähigkeiten und Interessen.

Mit dem Vorwand, den Erlös der Studiengebührenerhöhung in neue Professuren zu investieren, versuchen die Wirtschaftsverbände ihre Vision den Studierenden schmackhaft zu machen. Der VSS setzt sich nicht erst seit der Bologna Reform **für qualitativ überzeugende Studiengänge und adäquate Betreuungsverhältnisse** ein. Die Wirtschaftsverbände vergessen, dass die verschlechterten Betreuungsverhältnisse und die leidende Qualität an den schweizerischen Hochschulen eine Konsequenz der andauernden Sparübungen der Politik ist. Dafür dürfen nicht die Studierenden aufkommen müssen.

Weitere Auskünfte: Caroline Gisiger 079 708 50 56, Esther Christen 079 224 56 19

weiterführende Lektüre:

Studie "Hochschulbildung aus ökonomischer Perspektive":

<http://www.vss-unes.ch/policy/oekonomisch.pdf>

Stellungnahme "Visionen des VSS zur Finanzierung der Bildung":

<http://www.vss-unes.ch/policy/finanzierung.pdf>

Argumentarium "Nein zu Darlehen":

<http://www.vss-unes.ch/policy/darlehen.html>